Der Deutsche Correspondent.

Baltimore, den 23. Januar 1874.

Die öffentlichen Schulen des Staates.

An einer anderen Stelle des Blattes findet der Leser einen umfassenden Auszug des Jahresberichtes der Staatsschulbehörde. — Maryland gehörte stets zu denjenigen Staaten, in denen Volksbildung und Erziehung einen besonderen Eifer gepflegt wurden, und der vorliegende Bericht, sowie die im Leben zu beobachtenden und im Bundes-Census berichteten Resultate zeigen, daß der Staat seinen alten Ruhm bis auf die jüngste Zeit treu gewahrt hat. In vielen Punkten werden Fortschritte berichtet, nur in wenigen herrscht Stillestand, oder ist ein Rückschritt wahrnehmbar. Während die Volksschulen unserer Stadt mit den Bürgerschulen europäischer Gemeinwesen recht wohl den Vergleich aushalten können, ist für die höhere Bildung in unserem Staate in einer Weise gesorgt, wie nur wenig Länder der Welt von sich rühmen können. Wo ist eine Stadt auf der weiten Erde, welche drei solcher herrlichen Stiftungen aufweisen kann, wie die „John's-Hopkins-Universität" ($3,000,000), das „Peabody-Institut" ($1,400,000), und die „McDonogh-Ackerbauschule" ($725,000?) Das alte „St. John's-College" hat dem Staate und dem Lande eine Reihe von tüchtigen Männern herangebildet, wir nennen nur Roger Taney, Henry Winter Davis, Gov. Whyte, B. Teackle Wallis u. A.

Die Empfehlungen in Betreff der staatlichen Verwilligungen zu Schulzwecken erhalten unsere volle Billigung.

Das, was im Laufe der letzten acht Jahre für die Erziehung der Schwarzen im Staate geschehen ist, zeigt, daß der Staat diesem Elemente seiner Bürger gegenüber seine Pflicht gethan hat, und wenn die Herren Neger und Mulatten etwas lernen wollen, so ist ihnen vor der Hand genügend Gelegenheit geboten. Die Auslassung der Staatsschulbehörde über die vor Washington aus drohende Civilrechts-Bill verdient Beachtung, und soll hier eine Stelle finden:

Während dieser Bericht geschrieben wurde — heißt es — wurde im Congresse über die Civilrechts-Bill berathen. Dieselbe gibt, im Falle sie Gesetzeskraft erlangt, der Negerbevölkerung Zutritt zu jeder öffentlichen Schule des Staates, zu jeder Hochschule und Akademie, welche Staatsunterstützung erhält, zu der „Normalschule," dem „St. John's-College," dem „Maryland-Agricultural-College," dem „Washington-College," dem West-Maryland-College," dem „St. Mary's-Damenseminar," dem „Baltimorer Damenseminar," ferner in die Binnenasyle, in das Taubstummen-Institut, kurzum nach dem Wortlaute der Bill „zu jeder Wohlthätigkeits-Anstalt, oder irgend einer öffentlichen Schule, welche ganz oder theilweise vom Staate unterhalten wird.""

Weder die Lehren der Geschichte, noch die Mahnungen der Philosophie, können bei den Urhebern dieser Maßregel besonders Gewicht gehabt haben, denn, sowohl Geschichte, als Philosophie lehren, daß die socialen Gewohnheiten einer Nation sich niemals durch Gesetze regeln lassen. In diesem Augenblicke ist die Ansicht zwar vorherrschend, daß die Bill nicht angenommen werden wird, daß man sie wenigstens dieser anstößigen Schul-Clausel entkleidet. Doch man kann nicht wissen, was der nächste Tag bringen mag, und es ist an der Zeit, sich auf unangenehme Möglichkeiten vorzubereiten. Der Congreß mag übrigens vorschreiben, was er will, es kann nur das vorhanden, daß wir in Maryland gemischte Schulen haben werden. Ehe so Etwas zur Regel werden kann, muß eine sociale Umwälzung stattgefunden haben, und eine solche könnte der Congreß durch derartige Maßregeln höchstens verzögern, aber niemals beschleunigen. Wenn die schwarze Rasse sich auf demselben socialen Standpunkt emporgeschwungen hat, als der ist, auf welchem die weiße heute steht, so wird keine Civilrechts-Bill nothwendig sein, um ihnen in den Schulen gleiche Rechte zu sichern. Doch bis dieses eintritt, könnte der Congreß mit demselben Resultate vorschreiben, daß Oel und Wasser dieselbe spezifische Schwere haben sollen. Wir mögen Gesetze erlassen, so viel wir Lust haben, jede Rasse wird unter dem Naturgesetze ihre Stellung einnehmen, eine Agitation wird keine Mischung herbeiführen, wohl aber geordnete Zustände verhindern."

Die öffentlichen Schulen des Staates Maryland. — Jahresbericht der Staats-Schulbehörde.

Der Jahresbericht der Staatsschulbehörde liegt vor uns ith, wie das schon der Gegenstand mit sich bringt, für jeden Bürger des Staates höchst interessant.

Der allgemeinen Statistik

entnehmen wir folgende Notizen: Zahl der Schulen während des letzten Fiskaljahres 1742, darunter 123 in der Stadt Baltimore; Zahl der Schüler im ganzen Staate 99,258, wovon 28,329 auf die Stadt Baltimore kommen. Der tägliche Durchschnittsbesuch in der Stadt wird auf 22,181 und in den Landdistrikten auf 38,636 angegeben. In den Schulen der Stadt sind 624 Lehrer beschäftigt, die Schulen der Landstädte und der 22 Counties beschäftigen 1931 Lehrer, das gesammte Lehrerpersonal des Staates beträgt 2555. Die Schulen der Stadt waren im Laufe des letzten Jahres 10 Monate lang offen, die Landschulen waren etwas länger, als 9 Monate in Thätigkeit. — In der Stadt wurden während des Jahres $388,984.77 für Lehrergehalte ausgegeben; die Lehrer der Landschulen erhielten im Ganzen $560,491.70. Für Bauten, Reparaturen und Schulgeräthe wurden in der Stadt $83,133.46 und auf dem Lande $114,253.64 aufgewendet. Die Stadt hatte eine Rechnung von $25,484.13 für Bücher und Schreibmaterial zu decken, dieser Posten steht im Conto der Landschulen mit $44,042.16 verzeichnet. Die Schulen für Neger und Mischlinge (colored) kosteten in der Stadt Baltimore $38,166.48, auf dem Lande nur $31,410.70. — Die Gesammtausgaben für Schulzwecke betrugen im Staate $1,354,066.-71, davon kommt die Summe von $540,487.-67 auf die Stadt Baltimore. — In den Counties hat die Zahl der Schulen im Laufe des Jahres 221 zugenommen und beträgt jetzt 1619; der Schulbesuch hat sich um 12,198 vermehrt. Die Zahl der Lehrer ist auf 1006 gestiegen, eine Zunahme von 51.

Die Einkünfte der Schulsteuer waren im letzten Fiskaljahre um $10,899.61 niedriger, als in 1872 und betrugen $331,837.04. — Die Beaufsichtigung der Landschulen, Dienstkosten 2c. belief sich auf $38,923.78, $707.28 weniger als im Jahre 1872.

Die Ausgabeposten, welche eine Abnahme ergeben, sind Bücher, Schreibmaterial, Beaufsichtigungskosten, Interessen und vermischte Ausgaben; das Gesammtersparniß beträgt $22,109.89. — Die Ausgabeposten, welche eine Zunahme ergeben, sind Lehrergehalte, Bauten, Reparaturen und Einrichtung, zufällige Ausgaben und Negerschulen; die Gesammtzunahme in diesen Fällen beträgt $97,083.08.

Die Schulbehörde verweist in ihrer Recapitulation auf folgende günstigen Resultate: „Wir haben das Schuljahr verlängert, wir haben die Lehrergehalte um $14,000 erhöht, wir haben $70,000 mehr als im Vorjahre für Bauten ausgegeben und finden, daß sich die Zahl der Schüler um 12,198 vermehrt hat, während der tägliche Durchschnittsbesuch nur um 3727 gestiegen ist." Letzterer Ausfall wird durch die im Laufe des Jahres herrschenden Seuchen und Krankheiten erklärt. — Der Bericht klagt über mangelhafte Beaufsichtigung der Landschulen.

Die Schulen für Neger und Mischlinge

sind während des letzten Fiskaljahres im Staate auf 210 gestiegen, welche von 11,189 Schülern frequentirt wurden, dazu kommen in die Stadt Baltimore 15 Schulen mit 14,-171 Kindern. Es fehlt in diesen Schulen sehr an tüchtigen Lehrern und an geeigneten Gebäuden. Sobald diesen Mängeln abgeholfen ist, dürfte der Besuch leicht auf 20,000 steigen.

Hochschulen.

Das „St. Johns College" in Annapolis wurde im letzten Jahre von 140 Studenten frequentirt; 20 mehr als im Schuljahre 1872. Von dieser Zahl kommen 68 auf die eigentliche Hochschule und 72 auf das Vorbereitungs-Institut. Diese Hochschule hat 150 Stipendien, von denen jedoch zur Zeit nur 98 vergeben sind; vondiesen 98 Stipendiaten werden 50 sogar durch den Staat in Kost und Kleidung unterhalten; dieselben haben dafür 2 Jahre lang als Lehrer zu dienen.

Das „Agricultur-College" des Staates hat 130 Schüler, 8 weniger als im vorhergehenden Schuljahre. Der Präsident dieses Instituts, Dr. Sam. Register, dankte im Laufe des Jahres ab und die Stelle wurde durch General S. Jones besetzt. Der Unterricht ist frei. Die klassischen und modernen Sprachen werden in dieser Anstalt gepflegt, besonders aber Mathematik, Physik, Naturgeschichte. Der Staat wird um eine Verwilligung von $3000 für physikalische Instrumente angegangen.

Das „Washington-College" in Kent-County zählte im Laufe des Jahres 23 Studenten, von denen 9 Studentiaten waren. Die Fakultät ist durchweg reorganisirt worden.

Die große Universität der Zukunft, welche der kürzlich verstorbene Philanthrop Johns Hopkins dotirtet wird gleichfalls in diesem Berichte beprochen. „Nicht allein Maryland — heißt es — sondern die ganze civilisirte Welt wird jeden Schritt, der zur Erreichung der hohen Zwecke des generösen Testators geschieht, mit Interesse verfolgen. Da die Curatoren genügende Mittel besitzen, so wird es ihnen nicht schwer halten, einen Palast aufzuführen, der ein dauerndes Monument für den Verstorbenen bildet. Während die jährlichen Einkünfte dieser Anstalt die der reichsten Hochschule des Landes übersteigen, welche dieselbe von aller Patronage des Staates unabhängig macht, läßt sich leicht annehmen, daß es gelingt, die gelehrtesten und tüchtigsten Männer der Zeit für die verschiedenen Lehrstühle zu gewinnen. Unbehindert durch Traditionen, ungefesselt durch Vorurtheile und Aberglauben, unberirrt durch äußere Verhältnisse, mit den Erfahrungen der Vergangenheit zur Richtschnur und vergangenen Irrthümern als Warnung, dürfen wir die Hoffnung hegen, daß die Johns Hopkins Universität in einem Geiste und nach einem Plane errichtet werde, wodurch sie in den Stand gesetzt wird, die erste Hochschule des Landes zu werden."

Das Staats-Lehrerseminar

oder die State Normal School hatte im letzten Jahre 145 Zöglinge, 16 weniger, als im Jahre 1872. Im letzten Jahre machten 13 ihr Abiturienten-Examen und 12 derselben sind zur Zeit angestellt. Die Gesetzgebung des Staates wird angegangen, Verwilligungen für passende Bauten zu machen; bis jetzt befindet sich die Anstalt in einem gemietheten Gebäude. — Der Bericht weis't darauf hin, daß die Zahl der männlichen Seminaristen während der letzten Jahre mit jedem Jahre abnimmt; während dieselbe zu keiner Zeit mehr als 17 Proz. betrug, ist sie im laufenden Jahre auf 5 junge Männer gesunken, welche sich hier für den Lehrerstand vorbereiten. Die Anstalt wird deßhalb in nicht ferner Zeit auszuschließlich eine Schule für Frauen sein. Da die Stipendiaten der Hochschule „St. Johns College" verpflichtet sind, dem Staate zwei Jahre als Lehrer zu dienen, so wenden sich natürlich die jungen Leute, welche Neigung zum Lehrerberufe haben, dieser Anstalt zu. Der Bericht empfiehlt in Folge dessen, daß diese Schule künftig nur dem weiblichen Geschlechte reservirt werde; zumal der Staat jährlich $40,000 für Hochschulen ausgibt, die nur dem männlichen Geschlechte offen stehen und außer dieser Anstalt, deren Kosten sich auf $5000 belaufen, keine Anstalt für die freie Ausbildung strebsamer junger Mädchen vorhanden ist.

Die „State Normal School" für Neger wird von 74 Personen besucht.

Die Wohlthätigkeitsanstalten des Staates, wie das Blindeninstitut, das Taubstummen-Institut, die McDonogh Schule, sowie die Statistik des Maryland-Instituts werden noch in dem Berichte aufgeführt, da diese Anstalten jedoch erst kürzlich in unserem Blatte wiederholt besprochen worden sind, so wollen wir dieselben hier übergehen.

Der Bericht sagt über die Verwilligungen des Staates zu Unterrichtszwecken:

„Wir erneuern unserer früher erhobenen Protest gegen die Art und Weise, in welcher die Verwilligungen des Staates vertheilt werden und die Zwecke, zu denen man dieselben gebraucht; wir machen deßhalb die Gesetzgebung abermals auf diese Angelegenheit aufmerksam. Wir legen kurz und ohne Argumente die Prinzipien dar, welche wir für unerläßlich halten:

1. Keine Staatsgelder sollten einem „College" oder einer Akademie verwilligt werden, welche unter Controle irgend einer religiösen Sekte stehen.

2. Ebensowenig sollte eine Schule vom Staate unterstützt werden, welche als ein Privatunternehmen geführt wird.

3. Solche keine Anstalt eine Verwilligung erhalten, wenn der Staat nicht im Verwaltungsrathe vertreten ist.

4. Staatsgelder sollten nur zu dem Zwecke verwendet werden, für welchen sie verwilligt sind. Die strenge Durchführung dieses Prinzips würde viele Mißbräuche verhüten.

Unterzeichnet ist der Bericht von M. A. Newell, B. A. Wisner, G. M. Lloyd, General F. Beaven und Samuel Keyler.

Die Situation in Texas.

Trotz der wiederholten Weigerung der Bundesregierung in Washington, den republikanischen Gouverneur von Texas in seiner Usurpation der Staatsgewalt zu unterstützen, hat dieser bis jetzt jedem Wechsel in der Staats-Regierung, so viel in seinen Kräften stand, Widerstand geleistet, so daß es fast scheint, als habe derselbe immer noch auf eine günstige Wendung zu seinem Gunsten gehofft. Diese Hoffnung muß er allerdings jetzt fallen lassen.

Am 16. Januar richtete der neuerwählte Gouverneur Coke eine Aufforderung an den Gouverneur Davis, ihm, den rechtmäßig erwählten und gehörig installirten Beamten die Amtsgewalt gutwillig zu übergeben. Gouv. Davis entgegnete, daß er selbst bis zum 28. April[illegible]. Gouverneur sei und gar nicht daran denke, das Amt vor der Zeit zu verlassen. Er wolle sich aber recht gerne einem Schiedsspruche der Bundesregierung oder des Congresses unterwerfen. Gouv. Coke erwiderte, sein Recht unter der Verfassung des Staates sei so klar, daß es durchaus keines Schiedsgerichtes bedürfe und er könne nur die Aufforderung, ihm das Amt zu übergeben, wiederholen.

Gouv. Davis, dem unterdessen schwill zu werden begann, schickte neue dringendere Gesuche um Bundesmilitär an den Präsidenten, erhielt aber am Samstag von dem Oberbundesanwalt Williams eine Depesche folgenden Inhaltes:

„Ihre Depesche an den Präsidenten, in welcher Sie berichten, daß Sie nach der Constitution von Texas Gouverneur bis zum 28. April d. J. seien, daß jedoch der Achth. Richard Coke als Gouverneur installirt worden und versuchen werde, das Amt gewaltsam an sich zu reißen, wekhalb Sie um den Schutz des Bundesmilitärs bitten, ist mir von dem Präsidenten zur Begutachtung übermiesen worden. Ich bin instruirt worden, Ihnen mitzutheilen, daß nach dem 4. Abschnitt des Artikels 4 der Constitution Ihres Staates, welcher sich über das Recht und die Amtsdauer des Gouverneurs ausspricht, Ihr Recht, jetzt noch das Amt zu verwalten, in den Augen des Präsidenten so zweifelhaft ist, daß er sich nicht bewogen sehen wird, Ihnen Truppen zu schicken, um Sie in dem Besitze des Amtes zu schützen. Ihr Gesuch ist in Folge dessen abgeschlagen. G. H. Williams."

Dieses macht hoffentlich den Wirren ein Ende, denn hier hat Gouverneur Davis den Schiedsrichterspruch, welchen er wünschte, in aller Form Rechtens.

Schurz über die Baarzahlungs-Frage.

Leider können wir die Rede, welche Hr. Schurz am letzten Mittwoch im Senate über die Baarzahlungsfrage gehalten, nicht vollständig mittheilen, doch sind wir im Stande, noch ein interessantes Stück daraus zu liefern, nämlich den Abschnitt, worin er seine Auseinandersetzungen am Schlusse zusammenfaßt. Er stellte zu diesem Zwecke die folgenden Punkte auf:

1. Die Regierung der Ver. Staaten ist nach dem Gesetze und um ihrer Ehre willen verpflichtet, ihre durch Anzahlung von Zahlungsversprechen eingegangene Schuld zu bezahlen, sobald sie sich selbst in den Stand setzen kann, die Zahlung zu leisten.

2. Wenn unter Umständen, gleich den uns umgebenden, ein unmittelbares Papiergeld beständig entwerthet wird und das Agio fortbesteht, so beweist diese Entwerthung, daß jenes Geld in größerer Menge vorhanden ist, als durch die wirklichen Bedürfnisse der allgemeinen Geschäfte des Landes erfordert wird. Da dieses der Fall war mit unserem Papiergeld, so kann die gegenwärtige Krisis nicht dadurch verursacht worden sein, daß etwa unsere Circulation für die wirklichen Bedürfnisse des Geschäftes ungenügend war.

3. Während einer plötzlichen Panik, welche sich in Anläufen auf die Banken u. s. w. kundgibt, unter gewissen Umständen durch eine weitere Ausgabe von Currency Einhalt geboten werden mag — eine Lage der Dinge, welche jetzt mehrere Monate hinter uns liegt — kann einer Krisis, welche durch die unproduktive Aufzehrung von Kapital und übertriebene Spekulation veranlaßt wurde, nicht dadurch vorgebeugt werden, daß man zu einer bereits übermäßigen Circulation noch mehr Papiergeld hinzufügt.

4. Der Vorschlag, daß die Regierung auch außer in großen Nothfällen und Zeiten großer öffentlicher Gefahr berechtigt sein solle, neue Summen uneinlösbaren Papiergeldes nach Gutdünken zu emittiren, bloß um Einfluß auf das Geschäft des Landes zu üben, hat die Tendenz, ein System zu creiren, welches das Vermögen der Bürger der Gnade der Regierung überliefert.

5 Eine Currency, welche zu dem Fehler der Unelnlösbarkeit auch noch an dem Uebel der Uebermäßigkeit leidet, hat stets die Wirkung gehabt und wird sie naturgemäß stets haben, zum Glücks-Spiel und zur wilden Spekulation anzutreiben, die Thätigkeit des Volkes von ehrlicher produktiver Arbeit abzulenken, zu einer unproduktiven Aufzehrung des Kapitals und der Schaffung künstlicher Werthe zu führen, das Creditsystem unnatürlich auszudehnen, das Geschäft sowohl wie das soziale Leben zu demoralisiren und dadurch die Ursachen zu vermehren, welche den allgemeinen Zusammenbruch herbeiführen.

6. Die weitere Vermehrung einer solchen Currency während oder nach der Krisis kann nur die Einflüsse neu beleben und stimuliren, welche bereits einmal das Geschäft demoralisirt und Unglück zuwege gebracht haben.

7. Eine Vermehrung dieser Currency fügt nicht nur nichts zu dem Reichthum des Landes hinzu, sondern erhöht auch nicht die Wirksamkeit der Currency als Tauschmittel, aus dem Grunde, weil eine solche Vermehrung die Preise hinaufreibt und durch Stimulirung der Spekulation zugleich ungleitet wird. Die Vermehrung wird keineswegs den Geldmarkt für immer erleichtern, sondern vielmehr den allgemeinen Zinsfuß steigern, statt reduziren.

8. Aus demselben Grunde wird jede Vermehrung dieser Currency nicht Zufriedenheit gewähren, sondern ein Verlangen nach mehr und immer mehr erregen, und auf diese Weise das Land vorwärts treiben auf dem Wege zum Bankerott und zur Republikation.

9. Daher wird kein legitimes, ökonomisches Interesse permanent durch eine solche Vermehrung gefördert, sondern jedes sicher verletzt werden.

10. Am Allerwenigsten wird das Farmer-Interesse durch unser uneinlösbares und übermäßiges Papiergeld gefördert. Es wird im Gegentheile dadurch sehr benachtheiligt, weil der Farmer außerordentlich hohe Preise zu bezahlen hat für alle seine Einkäufe, während die Preise der Hauptprodukte, die er zu verkaufen hat, durch den ausländischen Markt regulirt sind, welcher durch die hiesige Inflation nicht berührt wird und nur durch die Concurrenz der ganzen Welt controlirt ist.

11. Diese Uebel werden durch jede weitere Expansion und nachfolgende Verhinderung unserer Currency vergrößert, und die Idee, daß den Ackerbau-Interessen und den betreffenden Theilen unseres Landes — denk Westen und dem Süden—, deren Prosperität von dem Erträgniß der Bodenkultur abhängt, in Wirklichkeit durch eine weitere Aufblähung genützt werde, ist im höchsten Grade trügerisch.

12. Auf der anderen Seite wird das Ackerbau-Interesse durch eine Rückkehr zur Spezie-zahlung ungemein gefördert werden, weil die-selbe die Preise aller Dinge, welche der Farmer zu kaufen hat, um ein Bedeutendes reduzirt, während die Preise seiner eigenen Produkte nicht in demselben Verhältnisse sinken und also die Kaufkraft seines Einkommens vergrößert würde.

13. Die Idee, daß die Rückkehr zur Spezie-zahlung durch die Art Prosperität, welche die Folge einer weiteren Vermehrung der Circulationsmittel wäre, erleichtert werden könne, involvirt einen unheilvollen Irrthum. Weitere Aufblähung würde nur alle die schlimmen Einflüsse einer übermäßigen und unein-lösbaren Currency auf die gesammte wirthschaftliche Entwickelung vermehren, von Neuem die Spekulation zu Ueberreizungen anreizen, excessive Importation befördern und dadurch die Handelsbilanz zu unserem Nachtheile gestalten oder fortbestehen lassen, das Creditsystem wieder bis zum Bersten aufblähen und neue, noch schrecklichere Erschütterungen verursachen.

14. Eine weitere Expansion würde die Erfüllung der Bedingungen, welche die Wiederaufnahme der Baarzahlung voraussetzt, — Einschränkung und Sparsamkeit in öffentlichen und Privat-Angelegenheiten, Contraktion des Creditsystems und der privaten Verschuldung, kluge Leitung der Geschäftsangelegenheiten 2c., unmöglich machen.

15. Die Idee, daß die Rückkehr zur Spezie-zahlung am sichersten dadurch zuwege gebracht werde, daß man nichts thut und wartet, bis durch die Entwickelung der Hülfsquellen des Landes und das Aufblühen der Geschäfte unser Papiergeld von selbst im kaufmännischen Verkehre den Goldwerth erlangt, ist ebenfalls irrthümlich aus dem Grunde, daß dieser Zeitpunkt in unbestimmter und unberechenbarer Zukunft liegt; daß in der Zwischenzeit alle demoralisirenden und gefährlichen Einflüsse unserer uneinlösbaren und übermäßigen Currency mit unverminderter Stärke fortwirken; daß fortwährend die Gefahr einer ferneren Aufblähung vorhanden wäre, welche uns durch Kräfte, die außerhalb unserer Controle stehen, aufgezwungen werden mag, wie ja die Regierung bereits jetzt die Currency vermehrt; daß auf diese Weise der Tag der Erfüllung des Zahlungsversprechens immer weiter hinausgeschoben wird und daß gerade die Schwierigkeiten und Unfälle, welche die Vertheidiger der Politik des Nichtethuns für die wahrscheinlichen Früchte einer Gesetzgebung zu Gunsten der Baarzahlung ausgeben, naturgemäß eintreten werden und in der That unter dieser Politik bereits eingetreten sind, wie die jüngsten Ereignisse klar gezeigt haben.

16. Die Wiederaufnahme der Spezie-zahlung kann mit Sicherheit nur durch bezügliche Gesetzgebung herbeigeführt werden; und kein Augenblick scheint für die Inauguration der Baarzahlung geeigneter als die Gegenwart, aus dem Grunde, daß ein großer Theil der Vorbereitungen, die zu diesem Ziele unerläßlich sind, bereits durch die Krisis gethan worden ist. Die Größe der privaten Schulden ist bedeutend reduzirt worden; das Creditgeben in Handelstransaktionen ist vermindert; die Preise aller Artikel sind schon ziemlich reduzirt; die Geschäftsleute haben im Allgemeinen nur geringe Vorräthe aufgestapelt und sich seit Monaten in ihren Operationen mit größerer Vorsicht benommen. Die Wahrscheinlichkeit, daß durch ein Steigen im Werthe der Currency oder ein Sinken der Preise die Geschäftsleute Verluste erleiden werden, ist daher jetzt so gering, als sie unseren Erwartungen gemäß je sein dürfte.

Das Sonntagsgesetz in New-York und New-Jersey.

Wie bereits berichtet wurde, trat Sonntag sowohl in New-York, als auch in Newark das Sonntagsgesetz in Kraft. Wie es ausgeführt wurde, darüber berichten die deutschen Blätter New-York's folgendermaßen:

„Der Tag, an welchem so mancher Vergnügungs-Commissarius des deutschen Publikums sich in „schwebender Pein" befunden, ist überstanden. Er hat nichts Unerwartetes gebracht. Die Polizei ging nicht über das Programm hinaus, welches schon am Freitag angekündigt worden war. Es war ein Sonntag nach dem Herzen der „christlichen jungen Männer" und doch auch wieder nicht. Es war ein Tag, wie ihn derselbe die Gesetzgebung vorgeschrieben, und doch erst recht wieder nicht. — Im großen Ganzen unterschied er sich von seinen Vorgängern in der jetzigen Wintersaison nur dadurch, daß in den groß'n deutschen Theatern keine Vorstellungen stattfanden. In allen Lokalen, wo irgend ein Verein Frau Thalia unter seinen Fittig nahm, oder wo der Entrepreneur die Merkmale, welche die polizeiliche Tradition einer Theatervorstellung zuerkennt, zu beseitigen verstand, blieb es — bei'm Alten. — Hr. Matsell hat Wort gehalten. Er hat nur der regulären deutschen Komödie ihr Sonntagsklitt ausgeblasen. Damit soll übrigens nicht gesagt sein, daß er für nächsten Sonntag von seinem „Veto," der Polizeicommission, nicht andere Instruktionen erhält.

Die „Sacred Concerts" florirten gestern im Vollgenusse ihrer berechtigten Existenz. Die Sonntagsfreud jauchzte und wimmerte unter dem Schutze des Gesetzes. — Prinz Carneval hielt Hoftaat, unbeklimmert um die Nieren, welche nicht seinem Reiche angehören. — Etwas Fürsicht aber stellte sich allerhalben, wo zwischen hier Mauern deutscher Sonntag gefeiert wurde, doch ein. Man war ein wenig mehr auf seiner Hutth, als sonst.

Selbst die Besucher des großen Vokal- und Instrumental-Conzerts, welches in den „Germania-Assembly-Rooms" stattfand und mit vollem Rechte auf den Titel „Sacred-Concert" Anspruch machen konnte, schienen sich nicht ganz sicher und behaglich zu fühlen. Brachte doch sogar die Erscheinung zweier Blauröcke, welche kurz vor Anfang des Conzertes sich einstellten, um ihre Dienste als Wächter der Ordnung anzubieten, eine merkliche Aufregung im Saale hervor. Ja, selbst vor dem Lokale hat man die Ankunft der Polizisten bemerkt, daß sie die Thüre öffneten, um ihnen Einlaß zu gewähren. Daher ihre Intriguen, ihn zu verdrängen.

Aus Tabris wird dem in Tiflis erscheinenden armenischen Blatte „Michal" geschrieben: „Mirza Jussuf Chan, einer der tüchtigsten und beliebtesten Staatsmänner Persien's, sei auf Befehl des Schah hingerichtet worden, weil er sich Unterschlagungen auf Kosten des Hungernoth leidenden Volkes habe zu Schulden kommen lassen. Jussuf, den der Schah in Europa hatte erziehen lassen, brachte von Paris, wo er seine Schule vollendet, die französischen Gesetzbücher mit, übersetzte sie und bearbeitete sie für die Bedürfnisse Persien's. Aber der Schah fand, daß es dafür noch nicht an der Zeit sei, und schickte den jungen Gelehrten nach Astrachan, um Proviant für das hungernde Volk zu kaufen. Dieser verwandte dazu nur einen Theil der ihm anvertrauten Staatsgelder und behielt 16,000 Tomas für sich zurück, wodurch er den Tod von Tausenden Nothleidender verschuldete, denen mittelst jener Summe Nahrung hätte gespendet werden können. Als der Schah von seiner Europareise heimkehrte, ordnete er eine Untersuchung an und fällte dann das Todesurtheil, dessen Ausführung im Lande große Aufregung hervorgebracht hat."

Tages-Neuigkeiten.

Auch im Ver. St. Indianer-Departement hat man jetzt großartige Betrügereien entdeckt. Der frühere Agent Smith soll im Verbindung mit einem „Ringe," der sich nach allen Grenzpunkten des Westens erstreckt, viele Hunderttausende unterschlagen haben und die niederträchtigsten Schurkereien und Betrügereien nicht nur an den Indianern, sondern auch an dem Gouvernement verübt haben. — Schade, daß man diese Schwindelein immer erst entdeckt, wenn die Gauner nicht mehr im Amte sind.

Die „Virginius"-Untersuchung ist Donnerstag im Steamte zu Washington geschlossen worden. Das Gericht ist der Ansicht, daß Alles geschah, um den Dampfer sicher nach New-York zu bringen, daß Offiziere und Mannschaft ihre Pflicht thaten u. s. w.

Ueber eine Reise, die der Herzog von Coburg jetzt in den Ver. Staaten zu machen im Begriff sei, berichtete vor einiger Zeit die „N. Y. Tribüne." Wie wir aus guter Quelle erfahren, ist diese Nachricht völlig aus der Luft gegriffen. Der Herzog hat Deutschland nicht verlassen.

Hr. Fenton brachte im Ver. St.-Senate einen Beschluß in Bezug auf das häufige Vorkommen des gelben Fiebers in Häfen der Ver. Staaten ein. Seine Ansicht sei, daß die Seuche gewöhnlich zur See eingeschleppt werde und solle daher der Oberarzt des Marinehospitals eine kurze Uebersicht des im Jahre 1873 in den verschiedenen Häfen der Ver. Staaten herrschenden Fiebers geben, mit besonderer Rücksicht noch auf die Maßnahmen zur Verhütung desselben, und darüber an den Staat zu berichten.

In New-York hat die Polizei soeben ein strenges Verbot gegen die Abhaltung der sonntäglichen "Sacred Concerts" erlassen. Uebertretung soll zu sofortiger Verhaftung führen. Unter den Deutschen hat die Anzeige die größte Aufregung hervorgerufen. Die New-Yorker erfahren jetzt bloß die Folgen ihres unbegrenzten Vertrauens zu der Reformbewegung, welche die Radikalen so wohl auszubeuten verstanden.

Durch den Widerruf des congressionellen Unterhauses ist noch darüber im Zweifel, ob es die Unterjuchung gegen Gen. Howard vom „Freedmen's Bureau" fortsetzen, oder den Präsidenten ersuchen soll, ein Kriegsgericht zur Aburtheilung des „frommen" Exchefs der großen Neger-Versorgungs-Anstalt zu berufen. Howard's „Freunde" drohen inzwischen, daß eine weitere Verfolgung ihres Patrons auch unsaubere Enthüllungen in anderer Richtung an's Tageslicht bringen werde.

In New-York wurde in der Freitag Nacht ein Neger ergriffen, als er gerade versuchte, in ein Haus in Ost-New-York einzubrechen. Der Schwarze gestand, daß er zu einer Bande verwummter Einbrecher gehöre, welche in der Sullivanstraße ihr Hauptquartier und es vornehmlich auf die Beraubung von Vorstadt-Häusern abgesehen hat.

In Texas ist ein neuer Udderzook-Goß'scher Fall aufgetaucht. McNutt, der in Wichita, Kansas, ermordet und verbrannt sein sollte, befindet sich wohl und munter in Texas, während seine Frau $5000 als Lebensversicherung eingezogen hat.

Die „Chicago Union" berichtet: „Im Verlauf von 8 Monaten haben sich in unserer Stadt Chicago die „Söhne des himmlischen Reiches" in einer Anzahl eingefunden, die thatsächlich ernstlich die Frage anregt, ob wir nicht in allernächster Zeit schon Zustände entgegen gehen, wie sie jetzt unter Verdruß und Mühen die junge Weltstadt am „goldenen Thor" zu bekämpfen hat. Wie in San Francisco, so hat auch hier in Chicago der chinesische Arbeiter das Wäschegeschäft fast gänzlich an sich gerissen, wie dort, so wird er auch hier in allen erwerblichen Thätigkeiten sich bald Eingang verschafft haben u. den wenigen Arbeiter theilweise verdrängen. Dieses Letztere ist ganz bedeutend bereits in der Cigarrenfabrikation der Fall, und bitter hört man entlassene weiße Arbeiter klagen, die den Arbeitern mongolischer Abstammung Platz zu machen genöthigt waren. Dieses geschah nicht etwa, weil der chinesische Arbeiter bessere Arbeit liefert, als der amerikanische, sondern ausschließlich, weil derselbe sich in Folge seiner fast gänzlichen Bedürfnißlosigkeit mit halbem oder Emdrittel Normal-Löhnen begnügt.

Im Congresse stellte Hr. Small von New-Hampshire den Antrag, daß das Verwilligungs-Comite untersuche, wie viel Pferde und Wagen die Regierung unterhalte, wer dieselben benutze u. s. w. Ehren-Butler erhob Einwand und der Beschluß wurde abgewiesen.

In Maine giebt es bekanntlich ein strenges Prohibitiv-Gesetz. Was dasselbe werth ist, kann man aus einer neulichen Rede des Ex-Präsidenten Hill vom „Harvard-Collegium" entnehmen, der bemerkte, daß er nie zuvor so viele betrunkene junge Leute in den Straßen Portland's gesehen habe, wie in den letzten sechs Monaten. Früher hätten die jungen Leute sich mit einigen Gläsern begnügt, jetzt kauften und tränken sie Spirituosen bei der Gallone.

Die Anzahl der seit dem Beginne der Saison in Cincinnati geschlachteten Schweine erreicht 541,761 gegen 527,916 innerhalb der Parallel-Periode des letzten Jahres.

Der „Strike" des Fensterglasbläser zu Pittsburg, Penns., scheint zu Ende zu sein und die Fabrikanten werden in nächster Zeit die Arbeit wieder aufnehmen.

Präsident Grant hat schließlich ein Grundstück an der Vermont-Avenue, P- und 13. Straße in Washington gekauft, um dort eine permanente Wohnung für sich und seine Familie zu errichten.

Trotz des polizeilichen Verbots der Sonntags-Unterhaltungen waren am Sonntage alle hauptsächlichsten Conzert- und Theater-Lokale New-York's offen. Der „Herald" hat durch seine Berichterstatter alle besuchen lassen und erklärt, daß unter den 100,000 Deutschen, die er in den Lokalen antraf, auch nicht eine einzige Nüchternung vorgekommen sei.

Chwo. J. J. T. Lattone, Rektor der hischöflichen St. Matthäi-Kirche zu Wheeling, West-Va., ist wegen überhandnehmender Neigung der bischöflichen Kirche zu ritualistischen Uebungen von seinem Amte zurückgetreten. Wie er sich zu der „Cummins"-Bewegung verhalten wird, hängt von dem Verhalten der Kirche in Virginien und West-Virginien ab.

12,000 Millionen Dollars betragen die Gesammt-Schulden von Staaten, Städten, Corporationen und Individuen innerhalb der Ver. Staaten und 750 Millionen Dollars sind dafür an jährlichen Interessen zu bezahlen. Das ergibt eine Berschuldung von 18 Dollars per Kopf, wenn man unsere Bevölkerung auf 40 Millionen Seelen veranschlagt. Das geht in's Große. Man wird weniger sorgen und mehr wirthschaften können müssen, wenn bessere Zeiten kommen und ohne Zwischenfälle uns für längere Dauer erfreuen sollen. Besonders werden die Staats-Legislaturen aufhören müssen, die Schuldenmacherei der Gemeinde-Corporationen zu begünstigen und, wie es bisher geschehen, durch Spezial-Steuer-Gesetzgebung die Lasten des Volkes von Jahr zu Jahr zu erhöhen.

In Hillsboro', Highland County, Ohio, ist unter den Weibern ein heftiges Temperenzfieber in einer ganz neuen Form ausgebrochen. Diese „Ladies" marschiren nämlich von Salon zu Salon und halten in Schenkzimmern — prayer meetings! Sie werden überall artig aufgenommen, nur in einem Falle schlug ihnen ein Salonwirth die Thür vor der Nase zu, worauf sie die Gebet-Versammlung draußen auf dem Seitenwege abhielten. Wer unterdessen den Haushalt besorgen soll, wenn die Weiber den ganzen Tag in den Salons beten, ist noch unentschieden. Der Ehemann kann sich ja selbst Kaffee kochen, Eier braten und Kartoffeln sieden, wenn er nicht vorzieht, in's Wirthshaus zu gehen und dort zu beten.

Die Anzahl der seit dem Beginne der Saison in Cincinnati geschlachteten Schweine erreicht 541,761 gegen 527,916 innerhalb der Parallel-Periode des letzten Jahres.

Der „Strike" des Fenster